L-1-136: Ein bezahlbares Zuhause für alle Berliner*innen schaffen - Für eine soziale Wohnungspolitik, faire Mieten und eine nachhaltige Stadtentwicklung

Antragsteller*innen Sven Drebes (KV Berlin-Mitte)

Von Zeile 135 bis 136 einfügen:

Beispiel LSBTIQ oder chronisch kranke Menschen. Wir fordern Beratungsangebote, die verstärkt diese Personengruppen unterstützen.

Bei allen Maßnahmen, die für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen, dürfen diejenigen nicht aus dem Blick geraten, die kein eigenes Einkommen haben oder sich aus ihrem eigenen Einkommen auch sehr günstige Mieten nicht leisten können. Für Menschen, die auf Bürgergeld, Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung, Hilfe zum Lebensunterhalt oder Leistungen nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz erhalten, wird die Miete nur bis zu einem bestimmten Betrag übernommen, der vom Land Berlin festgelegt wird. Auch wenn der jeweilige Betrag lediglich als Richtwert gedacht ist, weichen die Jobcenter und Sozialömter nur äußerst selten davon ab. Dies führt dazu, dass immer mehr Menschen Teile der Miete aus dem ohnehin zu niedrigen Regelbedarf zahlen müssen oder längst nicht mehr in jedem Teil der Stadt wohnen können. Um zu verhindern, dass arme Menschen noch stärker als bisher auf bestimmte Kieze beschränkt werden, müssen die Werte für die angemessene Miete künftig so berechnet werden, dass sie die Besonderheiten der Bezirke und Stadtteile stärker berücksichtigen.

Begründung

Mehrere hunderttausend Menschen in Berlin sind auf existenzsichernde Leistungen angewiesen. Für sie wird die Miete nur in voller Höhe übernommen, wenn sie unterhalb der in der AV Wohnen festgelegten Schwellenwerte liegt. Da diese Beträge einheitlich für ganz Berlin berechnet werden, gibt es immer mehr Kieze, in denen es kaum möglich ist, Wohnungen zu finden, deren Miete als angemessen gilt. Wenn die Miete oberhalb des Grenzwerts liegt, haben Menschen, die dort leben, nur die Wahl, umzuziehen oder einen Teil der Miete von dem Geld zu zahlen, das eigentlich zur Deckung der übrigen Ausgaben gedacht ist. Darüber hinaus ist es inzwischen faktisch unmöglich, in bestimmte Kieze zu ziehen, weil dort inzwischen selbst die Mieten gemeinwohlorientierter Vermieter die Grenzen überschreiten.

Unterstützer*innen

Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Birger Dölling (KV Berlin-Mitte), Veronika Gräwe (KV Berlin-Mitte), Markus Schopp (KV Berlin-Mitte), Ellis Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei), Wolfgang Schanderl (KV Berlin-Mitte), Lela Sisauri (KV Berlin-Mitte), Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Petra Kühnast (KV Berlin-Kreisfrei), Desiree Leinenbach (KV Berlin-Kreisfrei), Lucie Schröder (LV Grüne Jugend Berlin)